

22. September 1967: Niederschrift des Gesprächs des Mitglieds der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, G. A. Žukov, mit dem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, E. Majonica*

G. A. Žukov empfing auf dessen Bitte E. Majonica und führte mit ihm eine Unterredung.

Majonica: Zuallererst möchte ich meine aufrichtige Dankbarkeit darüber ausdrücken, dass mir die Gelegenheit gegeben wurde, mich mit Ihnen zu treffen. Ich bin das erste Mal in der Sowjetunion. Der Aufenthalt in Moskau ist ein großes Ereignis für mich.

Soweit ich verstanden habe, sind wir Kollegen. Sie sind Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Obersten Sowjets, ich gehöre schon viele Jahre dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages an, bin Experte der CDU/CSU für außenpolitische Fragen und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Fraktion dieser Partei. Meiner Meinung nach muss jeder, der an der Formulierung der Politik der Bundesrepublik mitwirkt, die Sowjetunion mit eigenen Augen sehen, in Anbetracht der großen Rolle, die dieses Land in der internationalen Politik spielt.

Als ich meine Reise nach Moskau plante, sprach ich mit Kanzler Kiesinger und fragte ihn, was er in Bezug auf mein Vorhaben denke. Der Kanzler sagte mir, dass es sehr gut sei, wenn ein Repräsentant der Regierungspartei CDU/CSU in die Sowjetunion fahre und dort Gespräche mit sowjetischen Politikern mit dem Ziel führe, um die Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu sondieren. Demgemäß habe ich quasi einen Auftrag des Bundeskanzlers. Jedoch versteht es sich, dass ich als Parlamentarier hier nicht die Regierung repräsentiere und ich nicht die Aufgabe habe, irgendwelche Verhandlungen zu führen. Das Ziel meiner Reise besteht darin, die Sowjetunion kennenzulernen und zu sehen, welche Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestehen.

Žukov: Also sind Sie als Tourist hierhergereist?

Majonica: Nein, ich bin kein Tourist. Meine Reise in die Sowjetunion wurde von der sowjetischen Botschaft in Bonn vorbereitet. Ich habe mich ein paar Monate lang darauf vorbereitet, mich regelmäßig mit sowjetischen Diplomaten getroffen und mit ihnen Gespräche zu Fragen der sowjetisch-deutschen Beziehungen geführt. Außerdem möchte ich sagen, dass ich seit meiner Jugendzeit lebhaftes Interesse für die russische Malerei, Literatur und Musik hege. Deshalb bin ich persönlich, wenn man das so sagen kann, an der Lösung einiger Fragen unserer Beziehungen interessiert. Ich denke, dass Leute, die Politik machen, nicht schlichte Touristen sein können. Die Politik begleitet sie auf all ihren Reisen.

Wenn Sie erlauben, möchte ich zu den politischen Fragen übergehen, die auch das Ziel meiner Reise sind. Zwischen der Sowjetunion und der BRD steht die Deutsche Frage, die von beiden Parteien aus unterschiedlichen Perspektiven gesehen wird. Derzeit wird in der BRD eingehend die Frage studiert, ob es denn in den ersten Runden der bilateralen Verhandlungen

* RGANI, F. 5, op. 59, d. 360, S. 145–158. – Mit Begleitschreiben: „An den Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Genossen M. A. Suslov. Ich übermittle die Aufzeichnung der Unterredung des Mitglieds der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, G. A. Žukov, mit dem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages der BRD, E. Majonica. Anlage: auf 13 Seiten. Der Vorsitzende des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR I. Spiridonov [Unterschrift]. 5. Oktober 1967. Nr. 788.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 31137, 7. Oktober 1967, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Hs. vermerkt: „An die Gen. B. M. Ponomarev und A. A. Gromyko. Gen. B. N. Ponomarev und in der Internationalen Abteilung zur Kenntnis genommen. Bericht an das ZK der KPdSU nicht erforderlich. Ins Archiv, 11. Dezember 1967, [Unterschrift unleserlich]. V. Gorbunov, 12. Dezember 1967.“ Die Namen der Redner sind ms. unterstrichen. – Gesprächsteilnehmer: „Der Berater der Abteilung für Internationale Beziehungen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, V. B. Trapeznikov, der zweite Sekretär der Botschaft der BRD in der UdSSR, M. Koj. Protokollführung: Der zweite Sekretär der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR, V. Popov.“

nicht möglich wäre, die Deutsche Frage, die unlösbar scheint, von der Tagesordnung zu streichen, um Schritt für Schritt eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu erreichen.

Wenn man die Entwicklung der Politik der bundesdeutschen Regierung zur Deutschen Frage hernimmt, so durchlief sie drei Etappen. Anfangs vertrat die BRD die These „durch Wiedervereinigung zur Entspannung“. Dann hat die BRD lange Zeit eine Politik betrieben, die darauf abzielte, Maßnahmen zur Entspannung mit Schritten, die auf eine Wiedervereinigung Deutschlands zielten, zu verbinden, d. h. parallel die Wiedervereinigung und die Entspannung zu erreichen. Der Höhepunkt dieser Politik waren die Gipfelkonferenz in Genf und der Herter-Plan. Gegenwärtig meint die Bundesregierung, dass die Entspannung per se gut sei, und dass diese Aufgabe Priorität vor allen anderen habe. Die Bundesregierung möchte natürlich in der Deutschen Frage nicht von ihrer prinzipiellen Position abrücken. Jedoch möchte sie, dass die Deutsche Frage nicht zum Hindernis für irgendwelche Schritte wird, die auf Entspannung zielen. Daher tritt man in der BRD jetzt dafür ein, die Deutsche Frage vorerst aus dem bilateralen Dialog auszuklammern.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir die Sowjetunion nicht zwingen können, unsere Ansichten und Vorstellungen in der Deutschen Frage zu übernehmen. Ein solcher Gedanke wäre absurd. Auf der anderen Seite ist die Bundesregierung nicht bereit, einer juristischen Konsolidierung des Status quo zuzustimmen. Würde es dazu kommen, so würde das ein Aufgeben der Hoffnung bedeuten, als ein Volk in einem Staat zu leben. Darauf kann sich die BRD nicht einlassen. Die Errichtung eines geeinten deutschen Staates würde natürlich keineswegs die Wiederherstellung der früheren Situation bedeuten, mit der für Sie aufgrund von Hitlers Verbrechen die dunkelsten Erinnerungen verbunden sind. Ein vereintes Deutschland müsste im Rahmen eines vereinten Europa existieren, dem zweifellos auch Russland angehören müsste, allein schon dank des Beitrages, den es in der kulturellen Entwicklung erbracht hat.

Außerdem: Falls die Bundesrepublik die sowjetischen Forderungen erfüllen würde, so könnte dies zu dem führen, wovor wir uns alle (wir und Sie sitzen ja in demselben Boot) fürchten: zum Anstieg des Rechtsradikalismus in Deutschland, der die größte Gefahr für Europa darstellt.

Um einer unerwünschten Entwicklung zu entgehen, schlagen wir vor, die derzeit nicht lösbaeren Fragen, die mit der DDR, Berlin usw. zusammenhängen, vorerst beiseite zu legen und zu versuchen, die bilateralen Beziehungen zu verbessern. Freilich kann das die Lösung der Deutschen Frage verzögern. Aber wir Deutschen haben ein Sprichwort: „Besser spät, als nie“. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die sowjetische Note hinweisen, die uns im Herbst des Jahres 1961 übermittelt wurde, in der ein analoger Vorschlag enthalten war.

Ich weiß, welche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik bestehen. Ich bin mir dessen bewusst, dass die Sowjetunion ein verlässlicher Partner ist, und deshalb möchte ich mich nicht in Ihre Beziehungen zur DDR einmischen. Jedoch stehen unsere Länder nicht überall und nicht in allen Fragen konträr zueinander.

Es gibt Dinge, in denen unsere Länder miteinander übereinstimmen oder ähnliche Ansichten vertreten. Zum Beispiel bin ich mit der Note, die uns die Sowjetunion kürzlich in Verbindung mit der Krise im Nahen Osten übermittelt hat, in beinahe allen Punkten einverstanden. Wenn wir das Problem des Atomwaffensperrvertrags hernehmen, so ist auch hier die Mitteilung darüber sehr erfreulich, dass die Sowjetunion gerade erst einen sehr interessanten Vorschlag zu Art. 3 des Vertrags gemacht hat, der in die richtige Richtung geht. Wir könnten auch im Bereich der Hilfeleistung für Entwicklungsländer, zum Beispiel für Indien, zusammenarbeiten. Es wäre auch möglich, die Frage nach einem Austausch von Forschungsergebnissen im nuklearen Bereich zwischen unseren Ländern zu erörtern. Mit einem Wort: es wäre gut, wenn wir in jenen Bereichen zusammenarbeiten könnten, wo dies möglich ist, um dadurch die Basis für die Lösung schwierigerer Probleme zu legen.

Ich möchte Ihr Interesse auch auf folgenden neuen Elementen der gegenwärtigen bundesdeutschen Politik lenken: Die Bundesregierung bemüht sich um einen direkten Dialog mit der DDR, sie wendet sich direkt an Ostberlin. Natürlich wissen Sie von der Regierungserklärung, in welcher der direkte Appell an den SED-Parteitag enthalten war, vom Briefverkehr zwischen Stoph und Kiesinger usw. Das alles sind präzedenzlose Fakten, und sie verdienen Aufmerksamkeit. Alles von mir Gesagte möchte ich auf folgende drei Sätze zusammenfassen:

- 1) Die Deutsche Frage soll kein Hindernis für die Entspannung sein;
- 2) Es sollen Schritte zur Entspannung gesetzt werden, auch wenn sie nicht mit der Deutschen Frage verbunden sind;
- 3) Die Regierung der Bundesrepublik ging zu direkten Kontakten mit der DDR über, explizit mit der Regierung der DDR.

All das schafft gute Voraussetzungen für die Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion. Die UdSSR ist eine Großmacht, die DDR ein verhältnismäßig kleines Land. Jedoch hängt meiner Meinung nach die Situation in Europa in bedeutendem Maß davon ab, wie sich die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern entwickeln. Natürlich ist die Sowjetunion ein sehr großer Staat, und bedeutende Staaten haben den Vorteil, dass sie sich eher als kleine erlauben können, großzügig zu sein.

Žukov: Erstens möchte ich vorwegnehmen, dass ich mit Ihnen natürlich keinerlei internationale Verhandlungen führen kann, das ist Sache der Regierungen. Unser Gespräch ist ein freier Meinungsaustausch zwischen Parlamentskollegen. Meine Meinung zu den von Ihnen gestellten Fragen kennen Sie augenscheinlich bereits, vor Kurzem habe ich sie erneut in zwei Artikeln der „Pravda“ dargelegt: „Wie wird man Herr in seinem Haus?“. Ich denke, dass es an der Zeit ist, dass die Europäer Ordnung im europäischen Haus herstellen. Sie haben Recht damit, dass wir alle in einem Boot sitzen, und wir sind alt genug, um nicht den Kapitän von einem anderen Schiff zu rufen. Wir, die Europäer, können uns selbst um unsere Angelegenheiten kümmern und über die Wahrung der Sicherheit verhandeln.

Ich beschäftige mich schon seit 20 Jahren mit europäischen Fragen. Ich erlebte unmittelbar wie sich die Situation in Europa verschlechterte, und wie sie begonnen hat, sich wieder zu verbessern. Ich erinnere mich gut an die Jahre 1946/1947, als die Sowjetunion im Ministerrat der Vier Mächte alle Anstrengungen zur Lösung der Deutschen Frage aufgewendet hat. Damals waren wir gegen die Errichtung der Bizone, der Trizone, und dann gegen die Errichtung eines separaten westdeutschen Staates. Allerdings was gemacht wurde, ist gemacht, und nun existieren in Europa zwei deutsche Staaten.

Ich denke, dass Adenauer weise vorging, als er nach Moskau reiste, um die abnormale Situation zu beenden, die zwischen der BRD und der UdSSR herrschte. Jedoch war das leider eine isolierte Handlung seiner Außenpolitik, die nicht zu anderen Handlungen passte, wie der „Hallstein-Doktrin“, dem Beitritt zur NATO usw. Infolgedessen ist im Zentrum Europas eine sehr schwierige Situation entstanden.

Ich habe Ihr Buch „Deutsche Außenpolitik“ aufmerksam gelesen. Und ich stimme vollkommen darin überein, was Sie darin bezüglich der amerikanischen Konvergenztheorie geäußert haben: Wir waren und bleiben Kommunisten, Sie waren und bleiben Anhänger des kapitalistischen Systems oder, wie Sie sagen, der „Freiheit der Privatinitiative“. Aber wir denken, dass die Entwicklung von Beziehungen zwischen unseren Ländern, die verschiedenen sozialen Systemen angehören, nicht stören muss. Daran zu denken, dass Kommunisten aufhören werden Kommunisten zu sein, bedeutet, die Beziehungen mit uns einzufrieren.

Es drängt sich die Frage auf, wie man das gesamteuropäische Haus aufbauen soll. Wir denken, dass es nötig ist, beim Bauen des Hauses mit dem Fundament zu beginnen. Das Fundament ist jenes Europa, wie es am 9. Mai 1945 geworden ist. Sie schlagen vor, dieses Fundament vorerst links liegen zu lassen und zu beginnen, eine Wand auf den Sand zu setzen, um dann, falls die Wände gut scheinen, zu versuchen, irgendein anderes Fundament unter diese hinein zu zwängen. Aber in diesem Moment können die Wände einstürzen. Deshalb beruht

unsere Position darauf, dass wir als erstes endgültig die Frage klären, auf welchem Fundament Europa gebaut wird. Meiner Meinung nach ist das die zentrale, entscheidende Frage.

Wir verfolgen aufmerksam, was in Westdeutschland zu den europäischen Fragen gesagt wird. Ich muss offen sagen, dass uns beispielsweise die Reaktion auf die Ansprache de Gaulles in Polen - von offiziellen wie auch offiziellen Kreisen der BRD – ernsthaft alarmiert hat. Ihr Parteikollege Kiesinger ist aus diesem Grund am Dienstag in Hamburg aufgetreten und hat laut DPA unter anderem Folgendes gesagt: „Die Geschichte weist die Gebiete östlich der Oder-Neiße als ureigenes deutsches Land aus. Dieses Faktum wird immer unumstößlich bleiben, wie auch immer die Lösung dieses schweren Problems aussehen mag“.¹ Ich weiß, dass Hr. Kiesinger ein verantwortungsvoller Politiker ist. Und wenn er sagt, dass er vorhabe, diese Aufgabe zu lösen, ausgehend davon, dass „die Gebiete östlich der Oder-Neiße ureigenes deutsches Land“ sind, so bedeutet dies, dass er vorhat, sie auch zu übernehmen². Ansonsten gäbe es für ihn keinen Grund, von der „Lösung einer schwierigen Aufgabe“ zu sprechen.

Ich stimme zu, dass dies eine „sehr schwierige“ Aufgabe für Sie ist, eine geradezu unerfüllbare, müssten Sie es doch nicht nur mit den Streitkräften der Polnischen Volksrepublik, sondern auch mit jenen der Sowjetunion aufnehmen. Diese Frage ist indiskutabel – für alle Europäer ist klar, dass die Grenzen, die sich im Zuge des Krieges ergeben haben, nur durch einen Krieg geändert werden können. In der BRD wird freilich gesagt, dass die Bundesregierung noch nicht bereit sei, ihr Einverständnis zu den existierenden Grenzen zu geben, weil man „etwas als Gegenleistung erhalten müsse“. Aber irgendwelche Vorteile in politischen Fragen im Austausch für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wären nur in dem Fall möglich, wenn die Gebiete, um die es geht, zur BRD gehören würden. Unterdessen ist allen bekannt, dass die betreffenden Gebiete niemals der BRD gehörten und sie nicht Rechtsnachfolger des alten Deutschland ist.

Es ist nötig, Europa so anzuerkennen, wie es ist. Natürlich ist Europa sehr bunt. Vieles in Europa gefällt uns nicht. Und Ihnen auch nicht. Freilich stimmen unsere Geschmäcker nicht überein. Uns gefällt beispielsweise nicht, dass in Portugal und Spanien faschistische Regime bestehen. Ihnen gefällt nicht, dass die DDR ein sozialistisches Land ist. Aber man muss die Realität respektieren.

Sie sprechen darüber, dass Sie noch nicht bereit sind die DDR anzuerkennen und schlagen deshalb vor, die Deutsche Frage beiseite zu legen und sich mit „humanitären Fragen“ in den Beziehungen zwischen den Menschen Westdeutschlands und Ostdeutschlands auseinanderzusetzen, ausgehend von der Losung „ein deutsches Volk, ein deutscher Staat“. Aber man darf dieses Schlagwort nicht losgelöst von der konkreten Situation sehen. In der Realität leben Deutsche in einer Reihe von Staaten. Sie leben in der BRD, sie leben in der DDR, in Österreich, in Rumänien und sogar in der Sowjetunion – so hat sich die Lage ergeben. So leben auch Volksangehörige von Republiken, die der UdSSR angehören, ebenfalls in anderen Staaten. Beispielsweise leben in Afghanistan Tadschiken. Aber daraus folgt nicht, dass Tadschikistan territoriale Ansprüche an Afghanistan stellen soll, ausgehend von der Forderung „ein tadschikisches Volk – ein tadschikischer Staat“. Man muss von der realen Lage ausgehen.

Ich schätze die Initiative der DDR zur Normalisierung der Beziehungen mit der BRD sehr. Ich habe mich aufmerksam mit dem Vertragsentwurf, der von der DDR in diesem Zusammenhang vorgeschlagen wurde, vertraut gemacht. Ich habe gehört, dass Sie derzeit eine Antwort auf diesen Vorschlag vorbereiten. Ich denke, dass es gut wäre, wenn Sie dabei von der

¹ Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger hielt auf der Jahrestagung des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger am 19. September 1967 in Hamburg eine Rede, in der er zur Oder-Neiße-Grenze sagte: „Diese Gebiete, so hat es die Bundesregierung, so habe ich es formuliert, weist die Geschichte seit Jahrhunderten als deutsches Land aus, aus dem seine Bewohner zu Unrecht vertrieben worden sind. Dieses muß bestehen bleiben, was immer die kommende politische Lösung dieses schweren Problems sein mag.“ (Die Aufgaben der Politik in unserer Zeit, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 102, 22.09.1967, S. 873-875, hier S. 875.)

² Wörtlich im russischen Original: „sie auch zu nehmen“.

Realität ausgingen. Die Realität, das sind zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen Systemen. In ihnen ist schon eine junge Generation herangewachsen, erst geboren, nachdem diese zwei Staaten gebildet worden sind.

Nimmt man den von der DDR vorgeschlagenen Vertragsentwurf über die Normalisierung der Beziehungen mit der BRD, so berücksichtigt er diese Realität zur Gänze. In Artikel 1 geht es um die Normalisierung der Beziehungen. In Artikel 2 um den Gewaltverzicht beider Staaten, um die Respektierung der Souveränität, um Gleichberechtigung, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, um Respektierung der territorialen Einheit der europäischen Staaten, um die Anerkennung der existierenden Grenzen in Europa, um die Anerkennung Westberlins als eigenständige politische Einheit, um die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens ex tunc, und auch um einen Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen. In Artikel 3 geht es um die Herstellung direkter Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten, in Artikel 4 um den Abschluss von Abkommen im Bereich der Wirtschaft usw., in Artikel 5 um den Beitrag beider Staaten zur Wahrung der Sicherheit in Europa. Und Artikel 6, die Krönung des Vertrags, dreht sich schließlich um die Verhandlungen mit dem Ziel einer friedlichen Regelung der nationalen Fragen. Meiner Meinung nach ist das ein äußerst vernünftiges Programm.

Was die bilateralen Beziehungen zwischen unseren Ländern angeht, so treten wir für deren Fortentwicklung ein und ich denke, dass diese Fragen auf Botschaferebene erörtert werden. Aber auch hier stemmen wir uns gegen den Unwillen der Führung der BRD, die Realität zu berücksichtigen. Nehmen wir etwa die Frage der Kulturbeziehungen. Seinerzeit wurde zwischen der BRD und der UdSSR ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen und hervorragend umgesetzt. Es wäre notwendig, dieses zu verlängern. Aber die Regierung der BRD hat plötzlich die sogenannte „Berlin-Klausel“ vorgeschoben. Als Resultat haben wir jetzt kein Kulturabkommen. Natürlich bleiben die Kulturbeziehungen zwischen unseren Ländern bestehen, aber gäbe es ein Abkommen, so würden sie sich erfolgreicher entwickeln.

Nehmen wir den Handel zwischen unseren Ländern. Er stemmt sich auch gegen die „Berlin-Klausel“. Als Resultat leiden sowohl unsere Handelsinteressen als auch Ihre, aber unsere Interessen sind weniger betroffen, haben wir jetzt doch einen großen Kreis an Außenwirtschaftsbeziehungen in Europa. Wenn man den Anteil der BRD an unserem Außenhandel hernimmt, so ist er geringer, als er in den 20er oder 30er Jahren war.

Was die von Ihnen erwähnten Fragen der politischen Zusammenarbeit betrifft, so treten wir für die Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker aller europäischen Länder auf. Ich möchte jetzt nicht tiefer auf die Fragen eingehen, die mit der Krise im Nahen Osten verbunden sind, über die Sie gesprochen haben. Aber natürlich würde sich der Frieden durchsetzen, wenn die israelische Aggression durch einen Rückzug der israelischen Streitkräfte zur Waffenstillstandslinie beseitigt würde. Und wenn die BRD in dieser Sache mitwirken könnte, so wäre das gut.

Große Bedeutung hat die von Ihnen angeführte Frage über den Abschluss des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen. Ich hoffe, dass wir zu einem solchen Abkommen kommen. Mir scheint, dass Deutsche keine Atomwaffen benötigen, auch weil aufgrund ihrer geographischen Lage ein Atomkrieg für sie doch schlecht enden würde. Und überhaupt: je mehr Atomwaffen auf der Welt im Umlauf sind, desto gefährlicher wird die Lage.

Majonica: Ja, ja.

Žukov: Natürlich gibt es auch noch viele andere Fragen der internationalen Politik, an deren Lösung unsere Länder interessiert sind. Vor allem ist es jedoch nötig, die Frage über das Fundament des Europas der 70er Jahre zu lösen.

Majonica: Ich bin Ihnen sehr dankbar für die äußerst offenen Aussagen.

Sie haben über die 20er und 30er Jahre gesprochen. Ich erinnere mich mit Bedauern daran, weil in der erwähnten Zeit die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern seine beste Phase durchlebte.

Ich stimme Ihnen zu, dass wir in der Ostpolitik nicht immer die richtigen Entscheidungen getroffen haben. Als die BRD im Jahr 1955 diplomatische Beziehungen mit der UdSSR aufgenommen hat, hätte sie solche mit allen sozialistischen Ländern aufnehmen sollen.

Sie sprachen hier über ein „Haus auf Sand“. Das Haus Europa steht allerdings schon 22 Jahre und ist bisher nicht eingestürzt. Wir möchten aber, dass die Mauer, die die deutsche Wohnung im gemeinsamen europäischen Haus teilt, abgetragen wird, und dass die deutsche Wohnung wieder geeint werde.

Ich bitte Sie auch, die Frage der Oder-Neiße-Grenze nicht überzubewerten. Wir erkennen diese Grenze dann an, sobald wir eine gemeinsame Grenze mit Polen haben. Solange wir jedoch keine gemeinsame Grenze haben, ist diese Frage nicht aktuell. Ich möchte Ihnen fest und unmissverständlich versichern, dass kein einziger Deutscher daran denkt, die existierenden Grenzen gewaltsam zu ändern, sei das die Grenze mit Polen oder die Grenze mit der DDR. Die Gründe für diese Position liegen, neben den moralischen, darin, dass die Bundesrepublik am ersten Tag eines Krieges aufhören würde zu existieren. Niemand möchte wegen der BRD den Atomtod sterben. Außerdem empfindet das deutsche Volk tiefe Liebe gegenüber dem Frieden.

Wir bemühen uns aufrichtig um die Versöhnung mit dem polnischen Volk, das aufgrund von Hitlers Verbrechen schwere Leiden ertragen musste. Wir gehen davon aus, dass Polen das Recht auf eine sichergestellte unabhängige Existenz hat. In der Zeit der Weimarer Republik hat manch einer in Deutschland gesagt, dass die Existenz eines unabhängigen Polen untragbar sei. Jetzt gehen wir davon aus, dass die Existenz eines unabhängigen Polen für den Aufbau gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern und für unsere Aussöhnung mit dem polnischen Volk notwendig ist.

Man muss von dem Europa ausgehen, so wie es ist. Sie haben darüber gesprochen, dass Deutsche in unterschiedlichen Staaten leben. Jedoch sind die Beziehungen zwischen den Deutschen, die in der DDR und der BRD leben, bei weitem stärker, als die Verbindungen zwischen anderen Deutschen. Und diese Tatsache muss man ebenfalls berücksichtigen.

Ich denke, dass sich in Stophs Brief viele interessante Details finden, die man beim Überdenken der deutschen Politik berücksichtigen muss. Jedoch gibt es einen Punkt in Stophs Brief, der mir nicht gefällt: Die DDR tritt dafür ein, dass alles schleunigst reguliert werden müsse. Wir treten für eine schrittweise Lösung der Fragen ein, besonders im humanitären Bereich, und für eine Abkehr vom Prinzip „alles oder nichts“.

Ich möchte auch noch zur Berlin-Frage kommen.

Sie sagen, dass Westberlin eine eigenständige politische Einheit sei. Wir können dem nicht zustimmen. Ich habe Lenin ausführlich gelesen. Eines der prominenten Prinzipien aus Lenins geistigem Erbe ist die These über das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Die Bevölkerung Westberlins möchte in Einheit mit der Bundesrepublik leben. Man darf doch von uns nicht erwarten, dass wir gegen die wohlgemeinten Leninischen Prinzipien auftreten.

Das Münchner Abkommen wurde von Hitler gebrochen. Die BRD stellt keinerlei territoriale Ansprüche an die Tschechoslowakei.

Die BRD möchte keine Atomwaffen. Wir stimmen der Grundidee des Atomwaffensperrvertrags zu. Die Wünsche, die die BRD in Verbindung mit dem Vertrag vorbringt, betreffen die friedliche Nutzung von Atomenergie und das Betreiben von Forschung im Atombereich. Wir konstatieren mit Zufriedenheit, dass viele der Wünsche im Vertragsentwurf berücksichtigt wurden.

Was die Abkommen im Handels- und Kulturbereich angeht, so müsste man diese abschließen. Jedoch entwickeln sich die Handels- und Kulturbeziehungen auch ohne Abkommen nicht schlecht.

In Bezug auf den Nahen Osten möchte ich auch nicht viel sagen. Ich bin ein großer Freund der arabischen Länder, war mehrmals dort und habe gute Verbindungen zu arabischen Führern. Meiner Meinung nach sollte die Nahost-Frage auf folgende Weise reguliert werden: ei-

nerseits sollten die alten Grenzen wiederhergestellt, andererseits sollte Israel das Existenzrecht garantiert werden. Soweit ich es verstehe, strebt auch die Sowjetunion nicht nach einer Zerstörung Israels. Also gibt es auch in dieser Frage Übereinstimmungspunkte.

Man muss sich jenen Fragen annehmen, in denen unsere Positionen einander nicht entgegenstehen, und erst danach die großen Probleme anpacken. Man muss kleine Schritte aufeinander zugehen. Die Distanz, die uns trennt, kann man nicht in einem Sprung überwinden. Mao Tse-tung hat versucht, einen riesigen Sprung nach vorne zu machen, aber herausgekommen ist ein Sprung zurück.

Žukov: Ich fordere Sie überhaupt zu keinem Sprung auf, weder zu einem großen, noch zu einem kleinen. Ich fordere Sie auf, das anzuerkennen, was da ist. Das ist das Wichtigste. Und wenn wir die Realität anerkennen, wird alles Weitere leicht zu entscheiden sein.

Was die Frage Westberlins angeht, so hat meiner Meinung nach die westdeutsche Zeitschrift „Stern“ vom 20.8.67 in dieser Frage sehr treffend geschrieben: „Die drei Westmächte haben neulich gerade wieder hart und deutlich darauf hingewiesen, daß West-Berlin nach ihrer Rechtsauffassung – und die ist in West-Berlin maßgebend – nicht zur Bundesrepublik gehört und nicht von Bonn regiert werden darf. Das war nicht nur böse gemeint. Es war ein Hinweis auf den Ausweg für West-Berlin. Solange es weder zur Bundesrepublik noch zur DDR gehört, ist West-Berlin ein neutraler Platz zwischen den beiden deutschen Staaten; und ein solcher neutraler Platz könnte jetzt nützlich sein...“ Wie Sie sehen, ist das weder die Position der DDR, noch die Position der KPD, sondern die Meinung des „Stern“. Westberlin gehört weder dem einen Deutschland, noch dem anderen. Möge es so auch bleiben.

Sie sprachen von den besonderen Beziehungen zwischen Deutschen der DDR und der BRD. Die Vereinigung der Deutschen Staaten zu einem Imperium unter Bismarck ist ein historisches Faktum, aber ebenso ein Faktum ist die gegenwärtige Teilung Deutschlands. Wir, die Marxisten, gehen davon aus, dass die Produktionsverhältnisse allem zu Grunde liegen, und diese sind in der DDR und der BRD grundverschieden. Und ich sehe keine Möglichkeiten, diese zwei Staaten zu vereinen. Als die Sowjetunion in den Jahren 1946-47 darauf bestand, dass der Westen Deutschland nicht teilt, gab es diesen Unterschied zwischen beiden Teilen noch nicht. Jetzt gibt es ihn. Und er ist entscheidend: im Laufe von 20 Jahren entstanden zwei Staaten mit diametral gegensätzlichen Wirtschafts- und Sozialsystemen. Man muss von dem ausgehen, was ist. Dulles und Adenauer sind tot, von ihnen ist nicht viel zu holen. Fragen lösen müssen die am Leben Gebliebenen. So ist das Leben.

In Teheran, wo Sie auch anwesend waren, haben wir die Frage über die Einberufung einer gesamteuropäischen parlamentarischen Konferenz diskutiert. Wir unterstützen diese Idee, wenn an der Konferenz alle europäischen Staaten teilnehmen werden, inklusive der DDR. Warum kommen wir nicht auf diese Idee zurück, um uns zu treffen und alle europäischen Fragen zu erörtern?

Majonica: Ich möchte Ihnen erneut für den offenen Meinungs austausch danken. Ich habe mir von meiner Reise in die Sowjetunion keine konkreten politischen Resultate erwartet. Ich habe hier viel gesehen, viel gelernt, auf neue Weise auf die sowjetische Außenpolitik geblickt. Wir können mit Ihnen in der Frage über die juristische Festlegung der Rechtslage nicht einig werden. Jedoch soll das weder die Verbesserung der Beziehungen mit Ihnen, noch mit der DDR stören. Es ist ein schwerer Weg, aber wir sind bereit, diesen Weg zu gehen.

Ich möchte auch anmerken, dass es nicht richtig wäre, beim Sprechen über die Berlin-Frage nur über Westberlin zu reden. Es sind ja nicht nur Bundestagsabgeordnete aus Westberlin, sondern auch Abgeordnete der Volkskammer aus Ostberlin, die kein volles Stimmrecht in den Parlamenten haben. Auf diese Weise bestehen hier interessante Parallelen.

Sie gehen davon aus, dass die Deutsche Demokratische Republik ein souveräner Staat ist. Nehmen wir an, es ist so. Die Existenz eines souveränen Staates darf aber kein Hindernis für die Entwicklung von Beziehungen zwischen zwei anderen souveränen Staaten sein. An der

Verbesserung der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR sind unsere Völker und vor allem das deutsche Volk interessiert.

Als ich nach Moskau aufbrach, habe ich gehofft, den Faden zum politischen Dialog aufnehmen zu können; ich denke, dass ich dieses Ziel erreicht habe.

Žukov: Wir treten für die Entwicklung von Kontakten ein, für offene Gespräche und dafür, Europa von Mythen zu befreien. Würden Sie von der realen Lage ausgehen, würde die BRD von Ansprüchen auf eine alleinige Vertretung aller Deutschen abrücken, würde sie den Grenzen zustimmen, die in Europa am 9. Mai 1945 entstanden sind, so denke ich, würde sich uns ein weiter Spielraum für Zusammenarbeit auf tun. Ich denke, dass wir alle doch dorthin unterwegs sind. Möglicherweise mit Verspätung, aber wir sind unterwegs. Europa befreit sich von einer eisigen Periode in der Politik. Der größte Eisberg liegt immer noch im Zentrum Europas, aber irgendwann wird auch er schmelzen.

Ich habe noch eine Anmerkung. In Westdeutschland hat man bisher noch nicht auf meinen Artikel „Atomachse Bonn-Pretoria?“ geantwortet. Kann man die Sache so verstehen, dass das Fragezeichen in der Überschrift des Artikels bestehen bleibt?

Majonica: Ich habe diesen Artikel nicht gesehen, aber ich werde mich in Bonn damit vertraut machen. Ich möchte Ihnen erneut versichern, dass wir mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen einverstanden sind und einen nationalen Besitz solcher Waffen ablehnen. Ich möchte auch anmerken, dass unsere westlichen Verbündeten auch daran interessiert sind, dass die BRD nicht über Atomwaffen verfügt. Auf diese Weise haben Sie eine zweifache Garantie: den Willen der Bundesregierung zum Frieden und die Politik der Westmächte zur Wahrung der Sicherheit.

F. d. R.: V.³

³ Hs. unterzeichnet, unleserlich.